

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 263-2017
Vorstossart: Postulat
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2017.RRGR.694

Eingereicht am: 20.11.2017

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: SP-JUSO-PSA (Gullotti, Tramelan) (Sprecher/in)
SP-JUSO-PSA (Ruchonnet, St-Imier)
SP-JUSO-PSA (Dunning, Biel/Bienne)

Weitere Unterschriften: 1

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 389/2018 vom 25. April 2018
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Ablehnung**



Wie sieht die Zukunft der regierungsrätlichen Juradelegation aus?

Nun, da die Jurafrage ein politisches Ende gefunden hat, wird der Regierungsrat gebeten darzulegen, wie er die künftige Rolle der regierungsrätlichen Juradelegation sieht.

Begründung:

Nachdem die Gemeinden Moutier, Belprahon und Sorvilier über ihre Kantonszugehörigkeit entschieden haben und die Jurafrage politisch ein Ende gefunden hat, hat der Regierungsrat seiner Juradelegation vor kurzem mehrere Aufgaben übertragen. Einerseits wurde eine Expertenkommission eingesetzt, um den Stand der Zweisprachigkeit zu definieren und für den Kanton die Möglichkeiten auszuloten, die sich aus der Praxis von zwei Sprachen auf seinem Gebiet ergeben. Ein entsprechender Bericht soll bis Juni 2018 vorgelegt werden. Andererseits hat die Juradelegation Denis Grisel, den ehemaligen Leiter der Berner Wirtschaftsförderung, bestimmt, um ihm ebenfalls bis Ende Juni 2018 Empfehlungen über die Neuorganisation der dezentralen kantonalen Verwaltung im Berner Jura vorzulegen.

Die Massnahmen, die der Regierungsrat gegenüber der französischsprachigen Minderheit getroffen hat, sind ermutigend. Sie sind ein wichtiges Zeichen der Unterstützung – in einer Zeit, in der sich der Berner Jura aufgrund der neuen geopolitischen Konstellation neu positionieren muss. Der Berner Jura erlebt eine Zeit der Introspektion, die in seiner Geschichte einmalig ist

und nach deren Abschluss alle Zukunftsperspektiven möglich sind. Es ist eine seltene Gelegenheit für eine ganze Region, den Sinn ihres Daseins zu formulieren und festzulegen, inwiefern sie Teil des Kantons, aber auch Besonderheit eines Ganzen ist.

Was die französischsprachige Minderheit von Biel und Leubringen-Magglingen betrifft, so besteht die Notwendigkeit, die Zweisprachigkeit zu schützen, nach wie vor, da sie insbesondere durch das Entlastungspaket 2018 bedroht ist.

Die Juradelegation war jahrzehntelang der privilegierte Ansprechpartner des Kantons Bern für den benachbarten Kanton Jura. Die Jurafrage ist auf politischer Ebene Geschichte. Wäre es daher nicht angezeigt, die Rolle der Juradelegation für die kommenden Jahrzehnte zu definieren? Es bestehen folgende Möglichkeiten:

1. Die bestehende Juradelegation wird über kurz oder lang in eine regierungsrätliche Delegation für französischsprachige Angelegenheiten (DFA) umgewandelt.
2. Der Sockel, auf dem dieses Organ beruht, wird konsolidiert, indem eine Plattform für die Koordination und den ständigen Austausch zwischen kantonalen und regionalen Organen geschaffen wird.
3. Die DFA könnte sich wie folgt zusammensetzen: Regierungsmitglied, das den Jurasitz innehat (Vorsitz), Präsidentin/Präsident des Bernjurassischen Rats (BJR), Präsidentin/Präsident des Rats für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB), Präsidentin/Präsident des künftigen, aus der Fusion der Gemeindeverbände (CMJB, ARCJ, ARJB) hervorgehenden Regionalverbands sowie jegliche Vertreterinnen und Vertreter von Kreisen, die als relevant erachtet werden.
4. Die Aufgaben der DFA sind auf Gesetzesstufe klar zu definieren.

Antwort des Regierungsrates

Die Juradelegation (JDR) ist ein Regierungsausschuss im Sinne von Artikel 9 des Gesetzes vom 20. Juni 1995 über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Organisationsgesetz, OrG)¹. Der Regierungsrat entscheidet jeweils zu Beginn einer Legislatur über die Bildung von Ausschüssen.

Diese Ausschüsse bereiten die Beschlüsse des Gesamtregierungsrates vor. Sie setzen sich im Allgemeinen aus drei Regierungsmitgliedern zusammen, und sie können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der betroffenen Direktionen beiziehen. Die Zahl und die Zusammensetzung der Ausschüsse können jederzeit geändert werden. Ausschüsse verfügen über keine Entscheidungsgewalt.

Für die Legislatur 2014 bis 2018 hat der Regierungsrat insgesamt vier Ausschüsse eingesetzt: die Juradelegation (JDR), die Delegation für Aussenbeziehungen (DfA), die Finanzkontrolldelegation und die Justizdelegation.

Die Jurafrage ist zwar geregelt, doch der Prozess des Kantonswechsels der Gemeinde Moutier zum Kanton Jura steht ganz am Anfang. Die formellen Verhandlungen zwischen den beiden Kantonen wurden aufgrund der bei der Regierungsstatthalterin des Berner Jura noch hängigen

¹ BSG 152.01

Beschwerden gegen das Ergebnis der Abstimmung vom 18. Juni 2017 in Moutier noch nicht aufgenommen.

Die JDR hat somit nach wie vor ihre Daseinsberechtigung und den Auftrag, diesen Prozess und die laufenden Arbeiten zu begleiten. Daran wird sich bis zum Kantonswechsel von Moutier nichts ändern.

Vor diesem Hintergrund steht eine Umwandlung der regierungsrätlichen Juradelegation in eine regierungsrätliche Delegation für französischsprachige Angelegenheiten (DFA) zurzeit nicht zur Diskussion. Ob die Rolle der Juradelegation allenfalls nach Abschluss des Verfahrens betreffend den Kantonswechsel der Gemeinde Moutier neu zu definieren sein wird, oder ob sie gegebenenfalls durch ein anderes Gremium ersetzt werden soll, wie es die Postulanten in den Ziffern 2 bis 4 ihrer Begründung skizzieren, wird der Regierungsrat zu gegebener Zeit beurteilen.

Verteiler

- Grosser Rat